

Rechtsextreme Attacke auf SPD: Vier Festnahmen nach brutalen Übergriffen!

Gestern wurden vier junge Männer wegen rechtsextremistischer Angriffe auf SPD-Mitglieder in Lankwitz festgenommen. Die Polizei ermittelt.



In einem dramatischen Vorfall in Lankwitz wurden vier junge Männer im Alter von 16 bis 19 Jahren festgenommen, die im Verdacht stehen, an einer rechtsextremistisch motivierten Attacke auf Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) beteiligt gewesen zu sein. Die Angreifer, die offenbar zu einer rechtsextremen Gruppierung gehören, trafen am Mittag auf SPD-Mitglieder an einem Informationsstand und attackierten diese brutal. Zwei der Tatverdächtigen stießen Mützen von den Köpfen der SPD-Anhänger und beleidigten sie als „linke Zecken“, bevor sie körperlich auf die Politiker losgingen. Die Angriffe führten zu schweren Verletzungen: Ein SPD-Mitglied wurde mit „Springerstiefeln“ mehrfach getreten, während ein Polizeibeamter mit einer Glasscherbe im Gesicht

verletzt wurde, so die Berichterstattung von **berlin.de**.

Die Polizei musste schnell eingreifen, um die Situation unter Kontrolle zu bringen. Bei der Auseinandersetzung erlitten nicht nur die SPD-Mitglieder, sondern auch zwei Polizeibeamte Verletzungen. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat bereits Haftbefehle wegen Wiederholungsgefahr beantragt, da die Taten als gefährliche Körperverletzung und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte eingestuft werden. In solchen Fällen übernimmt die Polizei eine entscheidende Rolle im Strafverfahren, wie **kanzlei.law** erläutert. Sie ist dafür verantwortlich, alle relevanten Beweise zu sichern und Zeugen zu befragen, um den Vorfall gründlich zu ermitteln.

Diese Vorfälle stehen im Kontext zunehmender politischer Spannungen und Gewalt in der Gesellschaft. Die Behörden haben betont, dass sicherzustellen ist, dass solche Aggressionen gegen politische Parteien und deren Mitglieder rigoros verfolgt werden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen und wird die Hintergründe der Attacke aufklären, wobei die Feststellungen über die Beteiligung der Verdächtigen an rechtsextremen Aktivitäten im Fokus stehen.

Details	
Quellen	• www.berlin.de • www.kanzlei.law

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de